



Köhler, Würth, Firmenmitarbeiter

BUNDESPRÄSIDENT

Köhlers ausgezeichnete Sponsor

Die Nähe zu einem wegen Steuerhinterziehung vorbestraften Milliardär bringt Bundespräsident Horst Köhler in Erklärungsnot. Das Bundespräsidialamt profitierte vom Sponsoring eines Unternehmens, während gegen dessen Spitze ein umfangreiches Steuerstrafverfahren lief. Die Firma des „Schraubenkönigs“ Reinhold Würth aus Baden-Württemberg unterstützte das Sommerfest des Bundespräsidenten 2007 mit 30 000 Euro. Zuvor, im September 2006 und im März 2007, war es zu umfangreichen Durchsuchungen der Staatsanwaltschaft Stuttgart bei Würth gekommen, die auch bundesweit in der Presse Niederschlag fanden. Die Vorgänge hielten Bundespräsident Köhler nicht davon ab, den umstrittenen Firmenpatriarchen zu beehren: Bei einem Besuch der Würth-Gruppe im Oktober 2007 würdigte er die „wunderbare Erfolgsgeschichte“ des Unternehmens. Würth beklagte damals gegenüber Köhler auch die laufenden Ermittlungen. Während des Strafverfahrens drohte der Unternehmer mit der Abwanderung ins Ausland. Zum Zeitpunkt der Sponsoren-Auswahl, erklärt dazu das Bundespräsidialamt, habe man von den Ermittlungen nichts gewusst: „Nach hiesiger Akten-

lage hat das Bundespräsidialamt erst im April 2008 von den Vorwürfen und erst im Mai 2008 von dem Strafbefehl gegen Herrn Würth aus der Presse erfahren.“ Das Große Verdienstkreuz, das dem Firmenpatron 2005 überreicht worden war, hat das Präsidialamt bis heute nicht zurückgefordert, obwohl im einschlägigen Kommentar zum „Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen“ massive Steuerhinterziehungen als möglicher Grund für die Ordensentziehung genannt werden. Vorvergangene Woche hieß es aus dem Präsidialamt, die Staatsanwaltschaft habe die Gerichtsentscheidung nicht übersandt. Die Sprecherin der Staatsanwaltschaft sagte dazu, der Strafbefehl müsse vom Amt angefordert werden. Am vorigen Freitag teilte das Präsidialamt nun mit, der Strafbefehl sei vom Bundespräsidialamt bei dem für Ordensangelegenheiten zuständigen Staatsministerium Baden-Württemberg angefordert worden, „sobald dieser Umstand hier bekannt war“. Eine Übersendung sei bislang nicht erfolgt. Der im Präsidialamt vieldiskutierte Vorgang erklärt womöglich Köhlers Schweigen zu den umstrittenen Sponsoring-Praktiken der CDU in Nordrhein-Westfalen und in Sachsen.

HAUSHALT

24 Prozent über Plan

Allen Sparzwängen zum Trotz haben die Ressortchefs der Bundesregierung für 2011 mehr Geld bei Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) beantragt als in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Des-

sen Haushaltsstaatssekretär Werner Gatzler sah sich Ende vergangener Woche gezwungen, ein Mahnschreiben an alle Ministerien zu schicken, in dem er zu größerer Sparsamkeit aufruft. „Alle Anmeldungen überschreiten den Finanzplan deutlich“, heißt es darin. Die Ressortanmeldungen lägen für das nächste Jahr um bis zu 24 Prozent oberhalb der Ansätze des Finanzplans,

„in der Summe in einer Größenordnung von zehn Milliarden Euro“. Dabei müssten die Plangrößen eigentlich unterschritten werden, um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Seinen Staatssekretärskollegen gegenüber wird Gatzler deutlich: „Ich muss leider feststellen, dass Sie und Ihre Kollegen der geschilderten Lage noch nicht annähernd Rechnung tragen.“